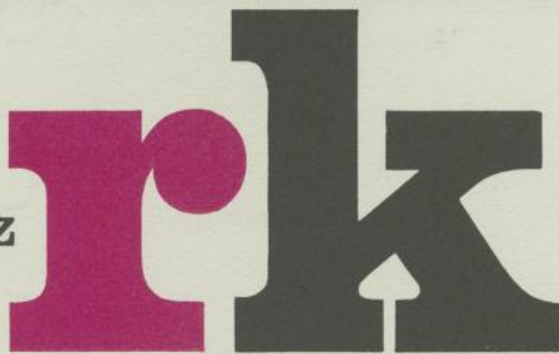


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Freitag, 20. November 1981

Blatt 3017

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Antrittsbesuch des Armeekommandanten bei Bgm. Gratz  
(grau)

Kommunal: Wiener Gemeinderat  
(rosa) Dienstag kein Pressegespräch des Bürgermeisters

Lokal: Innenring-Sperre ab 28. Dezember  
(orange) Christkindlmarkt mit Hütten im "Alpenlook"

Sport: Ehrung für Olympiaplazierte im Versehrten-sport  
(grün)

Nur

über FS: 19.11. Tag des Apfels  
Fünffähriger beim Schwimmen verunglückt  
20.11. Hans Petermandl im Schubert-Geburtshaus

20. November 1981

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3018

.....  
Bereits am 19. November 1981 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Antrittsbesuch des Armeekommandanten bei Bürgermeister Gratz

=++++

15      Wien, 19.11. (RK-KOMMUNAL) Armeekommandant General Ernest  
BERNADINER stattete Donnerstag Bürgermeister Leopold GRATZ seinen  
Antrittsbesuch ab. Gratz hob bei dieser Gelegenheit das gute  
Verhältnis zwischen Bundesheer und der Stadt Wien hervor. (Schluß)  
en/gg

NNNN



Ehrungen für Olympiaplatzierte im VersehrtenSPORT

=++++

3 Wien, 20.11. (RK-SPORT) VersehrtenSPORTler, die bei den olympischen Sommer- und Winterspielen Medaillen errungen haben wurden gestern Donnerstag im Aurestaurant von der Stadt Wien geehrt. Die Ehrenplaketten erhielten dabei : Brigitte RAJCHL (Bronze im Riesentorlauf) und Franz MEISTER (Bronze im Rientorlauf) sowie Dr. Rosa SCHWEIZER (Gold im Bogenschießen und Tischtennismannschaft, Silber im Tischtenniseinzel), Doris CAMPBELL (Silber über 800 Meter), Walter SING (jeweils Gold im Bogenschießen Mannschaft, Silber im Fünfkampf) Walter ZIERL (jeweils Silber im Fünfkampf und Speer, jeweils Bronze im Diskus und 100 m Rollstuhlfahren), Leopold SEYBERT (Bronze im Tischtennismannschaft) und Gerhard GRINNINGER (Silber im Fünfkampf). (Schluß) hof/bs

NNNN

Innenring-Sperre ab 28. Dezember

=++++

4 #Wien, 20.11. (RK-LOKAL) Nun steht auch der genaue Termin für die endgültige Sperre des Innenrings fest: Die neue Verkehrsorganisation im 1. Bezirk - zwei Schleifen anstelle des Innenrings, Unterbindung des Schleichweges über Petersplatz - tritt am Montag, dem 28. Dezember in Kraft. #

In einer abschließenden Verkehrsverhandlung am Donnerstag nachmittag konnte über die neue Verkehrslösung in der City volle Übereinstimmung zwischen den Experten des Magistrats und der Polizei sowie den Vertretern des 1. Bezirks, der Handelskammer und der Arbeiterkammer erzielt werden. Einvernehmlich wurde festgelegt, die neue Regelung nicht in der Vorweihnachtszeit, sondern erst in den Tagen nach Weihnachten in Kraft zu setzen, weil in dieser Zeit das Verkehrsaufkommen erfahrungsgemäß schwächer ist und die Umstellungsschwierigkeiten auf diese Weise so gering wie möglich gehalten werden können. Die geänderte Linienführung bei den innerstädtischen Autobuslinien tritt gleichzeitig mit der Tarifreform am 1. Jänner 1982 in Kraft. Voraussichtlich bereits Anfang Dezember kann die noch bestehende Umleitung für den Franz-Josefs-Kai im Bereich des Julius-Raab-Platzes aufgehoben werden. Kurz noch einmal die Grundzüge der neuen Verkehrsorganisation: Der Innenring wird für den Durchzugsverkehr gesperrt und durch zwei Schleifen ersetzt. Eine führt über Tegetthoffstraße, Plankengasse, Habsburgergasse und Augustinerstraße, die andere über Schauflergasse, Herrengasse, Strauchgasse, Freyung und Teinfaltstraße (beziehungsweise Renngasse - Wipplingerstraße). Aus Richtung Schottengasse kommend bleibt die Zufahrt in der Herrengasse bis zur Strauchgasse möglich.

Der Schleichweg über den Petersplatz wird im Bereich Bauernmarkt - Brandstätte unterbrochen, wobei es Ausnahmen für städtische Busse, Taxis, Fiaker, Radfahrer und Stadtrundfahrtenbusse gibt.

Die Routen der innerstädtischen Autobuslinien werden verbessert. So ist eine Verlängerung des 3 A (derzeit Schottenring - Petersplatz) bis zu den großen Museen vorgesehen. Der bisherige Sondertarif für diese Linien soll ab 1. Jänner wegfallen. (Schluß)  
ger/bs

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPÖ) trat der Wiener Gemeinderat am Freitag zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP), welcher Personenkreis bei Einlieferung eines Patienten in eines der Wiener Krankenhäuser in den letzten Jahren zu Unterschriftsleistung bezüglich der durch die Eigenversicherung des Patienten nicht gedeckten Kosten herangezogen werde, meinte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ), diese Frage sei nicht klar formuliert. Nur wenn ein Patient in eine Sonderklasse eingeliefert werde, oder bei Patienten mit Privatversicherungen würde durch eine Niederschrift eine Zahlungsverpflichtung erforderlich sein. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob es eine Weisung der MA 17 gebe, daß für Pflegepatienten bezüglich der Pflegekosten eine Niederschrift erforderlich sei, antwortete Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher, dies treffe nur auf Privatpatienten zu. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob es nicht doch eine Anweisung der MA 17 an die Spitalsverwaltungen gäbe, Pflegepatienten auch nach der Entlassung beziehungsweise deren Angehörige zur Bezahlung der Kosten heranzuziehen, erklärte Stadtrat Stacher, nach seiner Kenntnis könne sich das nur auf Privatpatienten beziehen, er lade aber Frau GR. Dr. Flemming dazu ein, mit ihm gemeinsam diese Angelegenheit zu überprüfen. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Sigrun SCHLICK (ÖVP), was mit dem ehemaligen Lehrlingsheim der Herzmansky-Stiftung in Wien 14, Weidlingau, das seit einigen Jahren leersteht, geschehen wird, antwortete Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ), es werde dort ein Wohnheim mit Arbeitsplätzen für Behinderte geschaffen. Das Baurecht für das Wohnheim werde dem Verein "Jugend am Werk" vergeben. Insgesamt seien Wohn- und Arbeitsplätze für 70 Behinderte geplant. Der Altbestand müsse geschleift werden. Der Neubau werde mit Mitteln der Wohnbauförderung errichtet. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wann mit dem Baubeginn zu rechnen sei, antwortete Stadtrat Stacher, er könne den Baubeginn nicht mit absoluter Sicherheit bekanntgeben, aber voraussichtlich werde das Wohnheim für Behinderte im Jahr 1985 fertig sein. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob sich vor dem Verein "Jugend am Werk" auch andere für das Areal interessiert hätten, erwiderte Stadtrat Stacher, der Verein "Lebenshilfe" habe sein Interesse zurückgelegt, da er sich zunehmend für die Schaffung von Wohngemeinschaften für Behinderte engagiere. Daraufhin habe man mit dem Verein "Jugend am Werk" Verbindung aufgenommen. Jugend am Werk werde nun das Behindertenwohnheim errichten. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. SEEBÖCK (SPÖ) über die Erfahrungen mit dem technischen Servicezentrum in der Krankenanstalt Rudolfstiftung, antwortete Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ), daß der Versuch, Techniker bei den medizinisch-technischen Geräten einzusetzen, absolut positiv sei. Ärzte und Schwestern werden zur Bedienung von Geräten fachkundig geschult. Dies garantiert einen optimalen Einsatz der Geräte. Die Ausfallsquote sei gering. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE antwortete Stadtrat Stacher, daß sich durch das technische Servicezentrum auch die Sicherheit in den Krankenanstalten erhöhe. Viele Unfälle in den Spitälern seien auf Betriebsstörungen der Geräte zurückgegangen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE sagte Stacher, daß ein technisches Servicezentrum auch Vorteile bei der Anschaffung der Geräte biete. Ein sogenannter "Lebenslauf" der Geräte bietet objektive Kriterien über Qualität und Lebenszeit der Geräte.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) über Maßnahmen, wonach die Einweisung eines Spitalspatienten in ein Psychiatrisches Krankenhaus nur nach Vorliegen entsprechender Fachgutachten zulässig sei, erklärte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher, die derzeitige Rechtslage. Die Regelung zur Überstellung des Patienten aus öffentlichen Krankenhäusern in die Psychiatrie sei durch ein Bundesgesetz bestimmt. Im Justizministerium wird derzeit an einer Neuregelung des Gesetzes gearbeitet. Stadtrat Stacher habe jedoch eine Weisung erlassen, daß Patienten zuerst von Psychiatern oder Neurologen untersucht werden müssen, bevor sie von einem öffentlichen Krankenhaus in eine Psychiatrische Krankenanstalt überwiesen werden. Er habe eine "Good-will-Aktion" bei den Krankenhausdirektoren gestartet, wonach bei Verwirrtheit eines Patienten durch organische Ursachen keine Einweisung in die Psychiatrie erfolgen soll. (Forts.) ba/bs

NNNN



Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob Stadtrat Stacher einen Erlaß bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes herausgeben wird, sagte Stadtrat Stacher, daß bestehende Gesetze auch durch einen Erlaß nicht außer Kraft gesetzt werden. Es werden jedoch in den Spitälern immer mehr neurologische Kliniken geschaffen. Die Zahl der in psychiatrischen Krankenhäusern eingewiesenen Patienten sei stark zurückgegangen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob es auf Grund von Anzeigen gegen die Leitung des Psychiatrischen Krankenhauses in Ybbs Untersuchungen gebe, sagte Stacher, daß Erhebungen laufen, ob Patienten tatsächlich in Steinzellen gesperrt wurden. Falls sich der Verdacht erhärten sollte, wird die Disziplinarkommission eingeschaltet. Insgesamt hat sich die Situation in Ybbs in den letzten acht Jahren aber massiv verbessert. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

++++für Behinderte, neue

9 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Maria KUHN (SPÖ) nach den Maßnahmen der Stadt Wien im Jahr der Behinderten, antwortete Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, es habe in der Hofburg eine von 20.000 Menschen besuchte Ausstellung gegeben, dazu lief eine eigene Kampagne "Behinderte kennenlernen, verstehenlernen" ab. Die Ausgaben für die Behinderten stiegen weiter. An konkreten Maßnahmen führte Stacher die Abschrägung von Gehsteigen im Kreuzungsbereich und bei Schutzwegen, Beförderungsdienstem Kreuzungsbereich und bei Wohngemeinschaften, eine in Planung befindliche geschützte Werkstätte, eine vorgesehene Anpassung der Wiener Bauordnung an die Ö-NORM B 1600, die Aufstockung des Betreuungspersonals in Sonderschulen, Maßnahmen im Bereich der Volksbildung und der Freizeiteinrichtungen, eine umfassende Information der Behinderten, Anstellung von Behinderten im Gemeindedienst und die Ausarbeitung eines neuen Behindertenführers an. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach den Kosten sagte Stacher, in seinem Ressort sind die Ausgaben von 196 Millionen im Jahr 1977 auf 344 Millionen, die im heurigen Jahr vorgesehen sind, gestiegen. Dazu kommen die Aufwendungen im Bereich der übrigen Ressorts, soweit sie sich zahlenmäßig erfassen lassen. Sie stiegen von 396 Millionen (1977) auf 638 Millionen (Voranschlag 1981). (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. ASCHERL (SPÖ), welche Erfolge er bei den Bemühungen erzielen konnte, sich um die Entwicklung des Ausstellungswesens in erhöhtem Maße anzunehmen, wie er dies bei seinem Amtsantritt angekündigt hatte, antwortete der Stadtrat für Kultur und Bürgerdienst, Dr. ZILK (SPÖ), er habe vor drei Jahren begonnen, dort weiterzubauen, wo dies durch die Initiative von Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner begonnen worden war. Wien habe in den letzten Jahren zwar auf große Ausstellungen verzichten müssen, weil geeignete Veranstaltungsorte fehlten. Nun konnte das Künstlerhaus gerettet werden, und es sei jetzt möglich, dort in stärkerem Maß Ausstellungspolitik zu betreiben. Es gehe auch darum, das Interesse der Bevölkerung zu wecken. Als Beispiele nannte Zilk die Artothek, Kleinausstellungen in Betrieben und Kaufhäusern und geplante Sonderschauen im kommenden Jahr, die ebenfalls in Kaufhäusern stattfinden werden. Weltweit sei eine starke Zunahme des Ausstellungsinteresses festzustellen: Bis zum Frühherbst wurden in der Ausstellung "Anatol" 85.000 Besucher gezählt, die Schiele-Ausstellung zog 106.000 Besucher innerhalb von vier Wochen an. Positiv haben sich auch die günstigen Öffnungszeiten im Historischen Museum der Stadt Wien ausgewirkt. Eine Reihe von Großausstellungen konnte nach Wien gebracht werden: Georgien, Textilkunst, die Art-Club-Ausstellung und die nächste Woche beginnende Picasso-Ausstellung. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob es möglich sein werde, die Tut-ench-Amun-Ausstellung nach Wien zu bringen, antwortete Zilk, es habe intensive Bemühungen in dieser Richtung gegeben, die auch vom Bundeskanzler unterstützt wurden, es liege jedoch ein Regierungsbeschluß aus Ägypten vor, die Ausstellung aus Sicherheitsgründen in nächster Zeit nicht im Ausland zu zeigen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

11 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Dkfm. AMMANN (ÖVP), wieviele Störungen es 1980 und 1981 bisher im Betrieb der U-Bahn gegeben habe, sagte Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ), es habe 1980 bis 5,3 Millionen Betriebskilometern 589 Betriebsstörungen (1,6 pro Tag), 1981 bis Ende September bei 5,8 Millionen Betriebskilometern 736 Betriebsstörungen (2,7 pro Tag) gegeben. Das Ansteigen der Störungen sei auf den vermehrten Wageneinsatz und Störungen im technischen Bereich, vor allem durch die etappenweise Verlängerung der U 4 bei gleichzeitigem Stadtbahnbetrieb zurückzuführen. Die Störungen im Bereich der U 1 liegen durchaus im internationalen Vergleich.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob er die Gründe für die Störungen detailliert aufgliedern könne, sagte Stadtrat Hofmann, er könne dies nicht ad hoc sagen, doch werde er einen diesbezüglichen Auftrag an die Verkehrsbetriebe geben. Der größte Teil der Störungen sei jedoch im Mischbetrieb U 2 / U 4 entstanden, der wieder eingestellt wurde.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wann die Hauptursachen für die Störungen abgebaut sein würden, sagte Hofmann, daß ein teilweiser Abbau bereits mit der Einstellung der U 2 / U 4 gelungen sei, mit der Fertigstellung der U 4 bis Hütteldorf rechne man mit einer endgültigen Reduzierung der Störungen auf das Ausmaß der U 1.  
(Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++ 12      Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. AMMANN (BVP), wann mit dem Baubeginn der "Staustufe Wien" zu rechnen sei, die nunmehr an Stelle eines Kohlekraftwerkes errichtet werden solle, sagte Stadtrat Hofmann, hier gebe es kein entweder oder, sowohl die Staustufe als auch das Kohlekraftwerk sei nötig.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wann nun die im koordinierten Ausbauprogramm der Donau geplante Staustufe Wien errichtet werde, sagte Hofmann, mit dem Baubeginn sei im Zeitraum 1987/88 zu rechnen. Dieses Kraftwerk sei jedoch kein Ersatz für eine weitere von den Wiener E-Werken zu errichtende Kraftwerkstufe, für die noch die Fragen des Standortes und der Brennstoffwahl zu klären sei.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob Hofmann mit seiner Meinung nicht in Widerspruch zu Zeitungsmeldungen stehe, nach denen sich Bürgermeister Gratz und Stadtrat Schieder gegen den Ausbau dieses Kohlekraftwerkes ausgesprochen hätten, sagte Hofmann, er stehe lediglich zu dem Zitat aus der besagten Zeitung im Widerspruch, nicht jedoch zu den in der "RATHAUSKORRESPONDENZ" festgehaltenen Aussagen von Gratz und Schieder. Die Wiener E-Werke, die verpflichtet sind, zwei Drittel des Wiener Strombedarfes zu produzieren, müßten dieses geplante Kraftwerk errichten. In Frage stehe noch, ob zusätzlich zur Öl- und Gasfeuerung auch eine Kohlefeuerung eingeplant werde. Auch der endgültige Standort des Kraftwerkes sei noch nicht geklärt. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Fragestunde (Schluß)

=++++

13 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Dipl.Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), welche Varianten zum Ausbau des Flötzersteiges derzeit geprüft werden, antwortete Stadtrat HOFMANN, daß das Bautenministerium im Einvernehmen mit der Stadt Wien den Auftrag erteilt habe, zu dem bereits genehmigten Projekt Variantenuntersuchungen anzustellen, um vor allem den Lärmschutz noch besser Rechnung zu tragen. Hofmann erinnerte in diesem Zusammenhang an die Initiative der Stadt Wien zur Einführung einer neuen Bundesstraßenkategorie, der "Stadtstraße", welche die besonderen Erfordernisse des Straßenbaus in Ballungsräumen durch sparsamere Ausführungen und vermehrte Umweltschutzeinrichtungen erfüllen soll. Derzeit sind sechs Varianten für den Flötzersteig in Ausarbeitung, die voraussichtlich in etwa einem Monat der Umweltschutzabteilung zur Prüfung übermittelt werden sollen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob er die Bevölkerung über diese Varianten informieren werde, antwortete Hofmann, daß eine Information im gegenwärtigen Stadium wegen der notwendigen wissenschaftlichen Untersuchungen noch nicht zielführend wäre. Es bleibt aber genügend Zeit, die Bevölkerung rechtzeitig zu informieren und ihre Meinung einzuholen. Die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die Enteignungs- bzw. Grundablöseverfahren eingestellt werden, verneinte Hofmann. Der bei der Verringerung der Fahrspurenbreite mögliche Raumgewinn soll für Umweltschutzeinrichtungen ausgenützt werden, sodaß der Flächenbedarf gleichbleiben wird.

Zwtl.: Anfragen und Anträge

Dem Gemeinderat lagen vier ANFRAGEN der ÖVP und eine Anfrage der FPÖ vor. ANTRÄGE der ÖVP betreffend einen Bericht über das Psychiatrischen Krankenhaus Ybbs und betreffend Lärmbelästigungen durch die U 4 sowie ein Antrag der FPÖ betreffend den Verzicht auf herkömmliches Streusalz wurden zugewiesen. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Ergebnis der Volksbefragung

=++++

14 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat NEKULA (SPö) gab dem Gemeinderat das offizielle Ergebnis der von 15. bis 17. November 1981 durchgeführten Volksbefragung bekannt. Von den 1,155.179 stimmberechtigten Wienerinnen und Wienern haben sich 186.594, das sind 16,15 Prozent an der Volksbefragung beteiligt. Auf die erste Frage (Stadterneuerung) entfielen 183.589 gültige Stimmen. 169.666, 92,42 Prozent, waren Ja-Stimmen, 13.923, 7,58 Prozent, waren Nein-Stimmen. Auf die zweite Frage (Konferenzzentrum) entfielen 182.699 gültige Stimmen, davon 164.190, 89,87 Prozent, mit Ja, 18.509, 10,13 Prozent, mit Nein. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Stacher zur Kritik an der Psychiatrie

=++++

15 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) In einer Mitteilung an den Gemeinderat zur Situation der Psychiatrischen Krankenanstalt in Ybbs, wandte sich Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) gegen die Kritik, die in letzter Zeit an dieser Krankenanstalt geübt wurde. Vor mehr als zwei Jahren sei die Psychiatriereform beschlossen worden. Auch in der Krankenanstalt Ybbs sind zahlreiche Verbesserungen durchgeführt worden. Von den 15 Stationen wurden bisher drei komplett umgebaut. Sie sind mit kleinen Zimmern, Aufenthaltsräumen und modernen Toiletteeinrichtungen versehen. Gleichzeitig wurde der Personalstand um 25 Prozent erhöht. In Ybbs sind derzeit 517 Angestellte beschäftigt. Parallel dazu wurde die Zahl der Patienten von 1.125 auf 802 vermindert. Eine Auflösung der Krankenanstalt Ybbs ist nicht geplant.

Zur Kritik an den "berüchtigten Steinzellen" stellte Stadtrat Stacher fest, daß laut Auskunft des Anstaltsleiters diese Steinzellen in den letzten Jahren nicht belegt worden seien. Er selber habe diese Steinzellen besichtigt und beabsichtige sie unter "Denkmalschutz" zu stellen, um zu zeigen, wie früher, vor mehr als 50 Jahren, psychiatrisch Kranke behandelt worden sind. In der Zwischenzeit habe er die Weisung erteilt, daß diese Steinzellen zugemauert werden.

Zu den weiteren Vorwürfen an der Behandlung der Patienten in den psychiatrischen Krankenanstalten, stellte Stadtrat Stacher fest, daß in Einzelfällen nach ärztlicher Untersuchung auch die Unterbringung von Patienten im Gitterbett nötig sei. Auch medikamentöse Behandlung mit Psycho-Pharmaka sei unter ärztlicher Aufsicht nötig, da nur damit eine offene Psychiatrie möglich sei. Eine Überdosierung, um Patienten still zu halten, lehne er als Arzt und Mensch ab. (Forts.) fk/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Stacher zur Kritik an der Psychiatrie

=++++

16 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Nach den Vorwürfen im Fernsehen an den angeblichen Zuständen in der Krankenanstalt Ybbs, habe er persönlich diese Krankenanstalt besucht. Er habe den Eindruck erhalten, daß die Patienten gepflegt und zufrieden seien und daß sie die beste Betreuung erhalten. Stadtrat Stacher, dankte den Ärzten und Pflägern, ohne deren persönlichen Einsatz eine moderne psychiatrische Behandlung der Patienten nicht möglich sei. Er werde sich dafür einsetzen, daß diejenigen, die eine aufopfernde Tätigkeit ausüben, von der Öffentlichkeit nicht beschimpft werden. Die Unterstellungen, die in letzter Zeit gegen die psychiatrische Behandlung erhoben worden seien, weise er zurück. Gleichzeitig versicherte Stadtrat Stacher, daß er persönlich einschreiten werde und nötige Untersuchungen durchführen lassen werde, wenn Unzulänglichkeiten bekannt werden sollten.

Stadtrat Dr. GOLLER (ÖVP) beantragte eine Debatte über die Mitteilung von Sozialstadtrat Univ.-Prof.Dr. Stacher an den Gemeinderat.

Darüber wird vor Abschluß der öffentlichen Sitzung abgestimmt.  
(Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Wirtschaftsförderungsfonds

=++++

17 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Die Errichtung eines Wiener Wirtschaftsförderungsfonds beantragte Stadtrat MAYR (SPÖ). Die Stadt Wien wird Barmittel in der Höhe von 50 Millionen für den Fonds zur Verfügung stellen, außerdem Grundstücke im Ausmaß von rund 700.000 Quadratmeter und einen Gesamtwert von 784,5 Millionen. Mit der "Zentralsparkasse" und der "Ersten österreichischen" wird ein Syndikatsvertrag abgeschlossen. Sinn und Zweck des Fonds ist es, die bisherigen Förderungsmaßnahmen zu einer Einheit zusammenzufassen und eine einheitliche Servicestelle zu schaffen. Folgende Aufgaben wird der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds zu erfüllen haben:

- o Den Erwerb von Grundstücken
- o die Verwaltung von stadteigenen Betriebsbaugründen
- o die Mitwirkung bei der Erschließung von Betriebsbauten
- o Vorfinanzierung und Aufteilung der Kosten für die Versorgungs- und Gemeinschaftseinrichtungen
- o Bereitstellung von aufgeschlossenen, baureifen Betriebsbaugründen für gesamtwirtschaftlich förderungswürdige Industrie-, Gewerbe- und Großhandelsbetriebe
- o die Abwicklung von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen
- o die Verwertung von fondseigenen sowie stadteigenen Betriebsbaugründen und -anlagen
- o Betreuung von an- und umgesiedelten Betrieben bei der Realisierung ihrer Betriebsbauprojekte
- o die Beratung von Wirtschaftstreibenden
- o Werbung für den Wirtschaftsstandort Wien. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Wirtschaftsförderungsfonds

=++++

18 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Österreich sei es gelungen, sich von der wirtschaftlichen Entwicklung außerhalb seiner Grenzen abzukoppeln, sagte Stadtrat Mayr. Trotzdem dürfte man nicht so tun, als sei Österreich eine Insel, ohne Kontakt zur übrigen Welt. Die weltweite Konjunkturkrise halte weiter an, es sind daher Gegenmaßnahmen zu treffen. Die ÖVP mokierte sich über die Höhe der Budgetüberschreitungen, stellte aber selbst im Parlament Forderungen in der Höhe von 20 Milliarden Mehrausgaben. Stadtrat Mayr betonte, daß es bisher gelungen sei, eine deutlich bessere Konjunktur zu erzielen, als in den meisten Nachbarstaaten. Ein zusätzliches Instrumentarium zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur sei jedoch notwendig. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Wirtschaftsförderungsfonds

=++++

19 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) GR. DR. HIRNSCHALL (FPÖ) sagte, die Zeit sei vorbei, in der man sich Illusionen über die Situation der Wirtschaft gemacht hat. Die österreichische Wirtschaft sei derzeit extremen Belastungen ausgesetzt. Dies führe zu einer Abnahme der Investitionsneigung, wodurch der negative Trend weiterhin verstärkt werde. Der Anteil Wiens am Bruttoinlandsprodukt sei gesunken, und der Trend vom sekundären zum tertiären Wirtschaftssektor verstärke sich. In den nächsten Jahren werde man sich immer weniger auf die belebende Wirkung der Förderung durch den öffentlichen Haushalt verlassen können. Die Investitionsquoten der Stadt Wien stagnieren und werden in den nächsten Jahren sinken. Positiv habe sich die Strukturverbesserungsaktion, die Innovationsförderung und die Exportförderung ausgewirkt.

Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds mit dem Ziel einer Förderung der Ansiedlung von Betrieben sei nichts grundsätzlich Neues, sondern nur der Versuch, durch die Zusammenfassung von Aktionen der Stadt, der Kammer und der Sparkassen, die es auch bisher schon gegeben hat, die Abwicklung zu erleichtern und zu einer erhöhten Effektivität zu kommen. Ob dieser Versuch etwas bringt, werde von den Managementfähigkeiten der Geschäftsführer des Fonds abhängen. Hinsichtlich der Konstruktion des Fonds befürchtete Hirnschall, wegen der Vielzahl der Organe eine Schwerfälligkeit.

Die FPÖ glaube, daß der Fonds in der Förderungspalette nützlich für die Wiener Wirtschaft sein kann, doch stünden entscheidende Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft noch aus. Insbesondere seien dies steuerliche Maßnahmen des Bundes zur Eigenkapitalbildung der Betriebe, um die Investitionsfreudigkeit zu fördern. Wenn diese ausbleibe, sei der heutige Schritt nicht mehr als ein gutgemeinter Versuch, der keine Trendumkehr bewirken könne. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Wirtschaftsförderungsfonds

=++++

20 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat NEUSSER (ÖVP) bejahte die Einführung des Wirtschaftsförderungsfonds, Er sei, so hoffe er, in Zeiten der Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung, steigender Energiepreise und hoher Zinsen das geeignete Instrument, das Vertrauen der Wirtschaft und der Bevölkerung in die zukünftige Entwicklung zu stärken. Daß eine gewisse Angst vor der Zukunft herrsche und daß kein Geld im Säckel der öffentlichen Hand vorhanden sei, sei freilich die Schuld der sozialistischen Wirtschaftspolitik.

Als positiv bezeichnete Neusser, daß der Wirtschaftsförderungsfonds die beiden großen Wiener Sparkassen und die Sozialpartner miteinbeziehe. Gerade die Sozialpartnerschaft funktioniere in letzter Zeit nicht mehr so gut, da sowohl die Arbeitnehmer Einbußen bei den realen Gehältern, als auch die Betriebe Rückgänge bei den Gewinnen hinnehmen mußten. Schlimmer noch sei die herrschende Unsicherheit, die durch unverantwortliche Forderungen von Regierungspolitikern hervorgerufen werde. Er hoffe, so Neusser, daß die Einrichtung des Wirtschaftsförderungsfonds der Beginn einer neuen Art der Wirtschaftspolitik sei, wie sie die ÖVP immer gefordert habe. Voraussetzung dafür sei ein rasches und unbürokratisches Funktionieren dieser Einrichtung, die er als wesentliches Instrument der Förderung der Wiener Wirtschaft und damit der Sicherung der Arbeitsplätze begrüße. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Wirtschaftsförderungsfonds

=++++

21 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Österreich steht im Vergleich zu anderen Industriestaaten recht gut da, sagte GR. SCHWEDA (SPÖ). Wir sind aber in weltweite Zusammenhänge eingebunden.

Weltwirtschaftliche Schwierigkeiten machen an unseren Grenzen nicht halt. Die Arbeitslosenrate in Österreich beträgt 2,4 Prozent. In Wien liegt sie mit 2,1 Prozent noch etwas unter diesem Wert, zweifellos mit ein Verdienst der Wiener Wirtschaftspolitik. Zum Vergleich: Die Arbeitslosenrate beträgt in der BRD 4,5 Prozent, in der USA 7,3 Prozent und in Großbritannien 10 Prozent. Es ist erfreulich, daß die Vollbeschäftigungspolitik heute keinen Streitgegenstand mehr darstellt. Die relativ gute Situation ist aber nur relativ befriedigend. Wir müssen der Wirtschaft im Rahmen des Möglichen Hilfestellungen geben. Die Wirtschaft eignet sich nicht als Gegenstand der Parteipolitik und -taktik. Umso begrüßenswerter ist es, daß heute ein einhelliger Beschluß über die Schaffung des Wirtschaftsförderungsfonds gefaßt wird. Schweda verband damit die Hoffnung, daß die Stadt Wien einen neuen zukunftsweisenden Schritt setzt, dessen Erfolg uns allen zu Gute kommen soll.

In seinem Schlußwort bezeichnete Stadtrat MAYR die heutige Debatte als ein Zeichen dafür, daß trotz unterschiedlicher Standorte gemeinsame Versuche in der Sache selbst unternommen werden können. Was wir testen, ist die politische Bereitschaft, auf einem Gebiet, das weitgehend unser Leben bestimmt, die politische Diskussion zwar nicht auszuschalten, aber doch einen kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden. Mayr verlieh der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Versuch erfolgreich sein werde.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Tarifreform

=++++

23 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Über die Tarifreform der Wiener Verkehrsbetriebe referierte Stadtwerte-Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ). Mit der Reform, die am 1. Jänner 1982 in Kraft treten soll, sind zwei grundlegende Zielsetzungen verbunden, betonte Hofmann. Einerseits sollen den Verkehrsbetrieben dringend benötigte Mehreinnahmen erschlossen werden und eine Anpassung der Tarifeinnahmen an die allgemeine Kostenentwicklung erreicht werden. Vor allem aber sollen die Tarife so umgestaltet werden, daß die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel gesteigert und den Autofahrern ein zusätzlicher Anreiz zum "Umsteigen" geboten wird. Dieses Ziel soll durch Forcierung und Verbilligung der längerfristigen Netzkarten erreicht werden. Außerdem sind neue preisgünstige Netzkarten für einkommensschwächere Pensionisten vorgesehen. Die Einführung der Nachmittags-Bildungskarte ist eine Verbesserung für die Schüler. Die Lehrlinge werden künftig mit den Mittelschülern weitgehend gleichgestellt. Teurer hingegen werden die Einzelfahrscheine und die Mehrgebühr für Schwarzfahrer.

Als wichtige Neuerung bezeichnete Stadtrat Hofmann die künftige Regelung der Wochennetzkarten. Es wird nur noch einheitliche, verbilligte Wochennetzkarten für sieben Tage zum Preis von 85 Schilling statt bisher 94 Schilling geben. die bisherigen Fünf- und Sechstages-Wochenkarten werden aufgelassen. Stadtrat Hofmann meinte, die Wiener Verkehrsbetriebe schließen sich damit der vor einigen Jahren erfolgten Regelung der ÖBB an. Diese Anpassung stelle eine Vorwegnahme einer bei der Einführung eines Verkehrstarifverbundes notwendige Maßnahme dar. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Tarifreform

=++++

24 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Durch die Tarifreform werden die Einzelfahrscheine teurer. Stadtrat Hofmann verwies darauf, daß die Einzelfahrscheine nur von einem winzigen Bruchteil der Fahrgäste in Anspruch genommen werden. Den Verbilligungen bei den Netzkarten stehe also eine Verteuerung der Einzelfahrscheine gegenüber. "Es zahlt sich daher in Zukunft noch mehr aus, statt der Einzelfahrscheine die günstigen Netzkartenangebote anzunehmen," erklärte Hofmann. Zugleich bedeute die Tarifänderung eine Strukturreform. Die Dauerkunden würden dabei bewußt bevorzugt und genießen erhebliche Preisvorteile.

Hofmann kündigte ferner die Aufhebung des Autobus-Sondertarifes in der Inneren Stadt und auf der Kahlenberglinie an, die ebenfalls mit 1. Jänner in Kraft treten soll. Gleichzeitig soll die Linienführung der drei innerstädtischen Autobusse verbessert werden. Man wird also künftig auch die innerstädtischen Autobuslinien und die Ausflugslinie zwischen Grinzing und Kahlenberg mit den im Einheitstarif gültigen Fahrausweisen benützen können.

Weiters kündigte der Stadtrat an, daß voraussichtlich Mitte Jänner eine wichtige neue Autobuslinie, die sogenannte "Spitalslinie" im Süden Wiens eingerichtet werde. Sie wird unter der Linienbezeichnung 7A vom Reumannplatz zum Franz-Josef-Spital, zum Meidlinger Unfallkrankenhaus und weiter bis zur Schnellbahnstation Meidling verkehren. (Forts.) fk/ap

NNNN



20. November 1981

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3041

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Tarifreform

=++++

25 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Wie Stadtrat Hofmann feststellte, werde das Grundnetz der Wiener U-Bahn termingerecht fertiggestellt. Heute in einem Monat, am 20. Dezember, wird die U 4 bis Hütteldorf, in etwa neun Monaten, am 3. September 1982, die U 1 bis Kagran verlängert. Im Zusammenhang mit der U-Bahn-Verlängerung nach Kagran wird das gesamte öffentliche Verkehrsnetz im 22. Bezirk vollkommen neu organisiert und wesentlich verbessert werden.

Abschließend betonte Stadtrat Hofmann, daß alle Maßnahmen, von der Tarifreform bis zur Einrichtung neuer Linien dazu diene, den Wienerinnen und Wienern leistungsfähige und attraktive öffentliche Verkehrsmittel zur Verfügung zu stellen, die eine echte Alternative zum Privatauto bieten können. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Tarifreform

=++++

26 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Die Tarifierhebungen haben die Fahrt ins Defizit der Wiener Stadtwerke beschleunigt, kritisierte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Der Verlust der Wiener Stadtwerke wird 1981 rund zwei Milliarden betragen. Das ergibt einen täglichen Verlust von 5,5 Millionen. Das Fahrgastaufkommen sei weit unter der Erwartung der Verkehrsbetriebe geblieben. Schuld daran sei die geringe Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel. Bei einer Volksbefragung haben sich zahlreiche Wienerinnen und Wiener für die Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs ausgesprochen. Das Ergebnis der Volksbefragung wird jedoch nur wenig beachtet. Von dem Beschleunigungsprogramm sei nicht viel übrig geblieben. Verspätungen der öffentlichen Verkehrsmittel seien an der Regel. Durch eine Tarifreform allein könne das Defizit nicht verringert werden. GR. Pawkowicz stellte daher zwei ANTRÄGE der FPÖ, die mehr Dienst am Kunden bedeuten: der Preis für die Sieben-Tages-Netzkarte soll auf den Preis der derzeitigen Fünf-Tages-Netzkarte reduziert werden. Der City-Bus soll sowohl in den Tarifverbund aufgenommen werden, als auch seinen Sondertarif beibehalten.

Die freiheitliche Opposition habe bereits vor zwei Jahren davor gewarnt, daß die Stadt Wien ein Defizit der Wiener Verkehrsbetriebe bis zu jeder beliebigen Höhe abdeckt. Wirtschaftliche und kaufmännische Überlegungen bei der Betriebsführung werden dadurch hintangestellt. Der Trend zum Umsteigen von private auf öffentliche Verkehrsmittel wurde durch Tarifierhöhungen gestoppt. Pawkowicz erinnerte auch an ein Anliegen seiner Partei die U-Bahn-Linien bis an den Stadtrand hinaus zu verlängern. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Tarifreform

=++++

27 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Im Bericht zur Tarifierhöhung wurden zwei Hauptbegründungen gegeben, sagte GR. Dkfm. AMMANN (ÖVP): Anpassung an die allgemeine Kostenentwicklung und Umgestaltung der Tarife, um attraktiver zu werden. Dem müsse man entgegenhalten, daß die Lebenshaltungskosten seit 1976 um 31 Prozent, die Kosten für den Tagesfahrchein nach der Tarifierhöhung jedoch um 87,5 Prozent gestiegen sein werden. Der Vorverkaufsschein wird um 75 Prozent, der Kinderfahrchein um 100 Prozent, der Kindervorverkaufsfahrchein um 150 Prozent, der Kurzstreckenfahrchein um 106 Prozent, der Pensionistenfahrchein um 83 Prozent, der Arbeitslosenfahrchein um 78 Prozent und der Soldatenfahrchein um 90 Prozent erhöht. Man müsse allerdings eingestehen, daß die Monatsnetzkarte nur um 8,8 Prozent erhöht werde und damit unter der Kostenentwicklung liege. Der Durchschnitt der Erhöhung bei allen Kategorien betrage 63 Prozent und sei damit doppelt so hoch wie die normale Kostensteigerung. Ammann verlangte kurzfristig wirksame Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs und verwies darauf, daß die ÖVP angeregt hatte, eine Familientageskarte, eine verbilligte Netzkarte für Senioren, eine Kombination der Eintrittskarte für Großveranstaltungen mit einem Fahrchein, einen Werbemonat für Autofahrer und eine vereinfachte Abwicklung der Ab- und Anmeldung von Pkw als Anreiz zum Stehenlassen des Fahrzeugs einzuführen. Die Vorschläge wurden jedoch abgelehnt. (Forts.)  
and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Tarifreform

=++++

28 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Nach einer von einer Tageszeitung durchgeführten Umfrage wären 21 Prozent der Autofahrer angesichts der gestiegenen Bezinpreise zum Wechseln auf öffentliche Verkehrsmittel bereit. Dieser Anteil würde sich bei einerr weiteren Kostensteigerung auf 31 Prozent erhöhen. Die Verkehrsbetriebe müßten diese Tatsache nützen und mit Tarifpolitik und kurzfristigen Maßnahmen werben. In einem ABÄNDERUNGSANTRAG verlangte er, die Fünf-Tage-Wochenkarte beizubehalten und mit Inkrafttreten der Tarifreform 1982 um rund sechs Prozent zu verbilligen. Weiter sollten vor allem die Preise des Kinderfahrscheins, des Pensionistenfahrscheins, des Jugendfahrscheins, des Arbeitslosenfahrscheins und des Soldatenfahrscheins aus sozial- und familienpolitischen Gründen nicht erhöht werden. Abschließend sagte Ammann, die Tariferhöhung sei volkswirtschaftlich falsch und betriebswirtschaftlich nur auf Verteuerung ausgerichtet. Sozial- und familienpolitisch gebe es gute Ansätze, die aber nicht durchgehalten wurden. Verkehrspolitisch werde ein großer Fehler gemacht, der einen Rückschritt für die Stadtentwicklung bedeute. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Tarifreform

=++++

30 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) GR. KOPFENSTEINER (SPÖ) betonte, daß die Tarifreform sowohl in verkehrspolitischer, wie auch in familien- und sozialpolitischer Hinsicht positive Maßnahmen bringe. So seien die Verbilligung der Monatsnetzkarte auf 320 Schilling und die Ergänzung der Schülernetzkarte um 50 S zu einer Monatsnetzkarte Maßnahmen, die sicherlich den Familien zugute kommen und damit die von der ÖVP geforderte Familienkarte unnötig machen. In Bezug auf die Seniorenkarte glaube die SPÖ, daß hier auch die Bedürftigkeit als Kriterium für eine Ermäßigung herangezogen werden müsse.

Die finanziellen Mehrbelastungen der Verkehrsbetriebe seien vor allem darauf zurückzuführen, daß sie, wie jedes derartige Unternehmen, sehr personalintensiv sind. Man dürfe jedoch nicht vergessen, daß die Verkehrsbetriebe mit Investitionen in Milliardenhöhe wesentlich zur Vollbeschäftigung in Wien und darüber hinaus in ganz Österreich beitragen.

Ein Tarifvergleich mit anderen europäischen Städten zeige, daß es in keiner Stadt eine ähnlich preiswerte Jahresnetzkarte und schon gar nicht eine Netzkarte für Schüler um den Ergänzungsbeitrag von 50 S gebe. Auch die Jahresnetzkarte um 1.800 S für Lehrlinge sei eine Verbilligung gegenüber den bisherigen Tarifen.

Schließlich stellte Kopfensteiner den ABÄNDERUNGSANTRAG, die innerstädtischen Autobusse und die Buslinie auf den Kahlenberg in den Einheitstarif mit einzubeziehen. Abschließend betonte er, daß die Tarifreform positive familien-, sozial- und verkehrspolitische Akzente für die Zukunft setze. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Tarifreform

=++++

31 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Die Tarifreform, die eine Tarifierhöhung bringt, erfüllt weder verkehrs- und betriebspolitische, noch familien- und sozialpolitische Erfordernisse, sagte GR. KUCHAR (FPÖ). Das Management der Verkehrsbetriebe sollte sich bemühen, die Aufwendungen durch Rationalisierungsmaßnahmen zu verringern und die Einnahmen durch höhere Fahrgastzahlen zu steigern. Die öffentlichen Verkehrsmittel sind unattraktiv und zu langsam. Deshalb stieg die Fahrgastfrequenz auch weniger, als im Wirtschaftsplan angenommen worden war. Es stellt sich die Frage, ob die Manager der Verkehrsbetriebe für diese hohen Positionen geeignet sind.

In Ansätzen sind in der Tarifreform positive Punkte enthalten, so die verbilligte Monatsnetzkarte und die Bildungsnetzkarte für Schüler. Die höhere Belastung des Familienlastenausgleichsfonds durch die Schülerfreikarten geht auf der anderen Seite bei den Familienbeihilfen ab. Die familienpolitische Komponente kommt bei der Tarifreform zu kurz. Es wird nämlich versucht, das Defizit der Verkehrsbetriebe auf Kosten der Familien zu verringern.

Kuchar stellte den ANTRAG, aus betriebswirtschaftlichen Gründen (um eine bessere Auslastung außerhalb der Verkehrsspitzen zu erreichen) eine verbilligte Monatsnetzkarte zu schaffen, die nur außerhalb der Spitzenzeiten gültig sein soll. Eine solche Karte wäre besonders für Pensionisten und für Hausfrauen interessant. (Forts.)  
ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Tarifreform

=++++

32 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) GR. Gertrude HÄRTEL (ÖVP) bezeichnete die Einführung verbilligter Netzkarten für einkommensschwächere Pensionisten als einen Teilerfolg der Volkspartei.

GR. Härtel stellte den Antrag, im Rahmen der Tarifreform der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe solle für alle Senioren eine verbilligte Monatsnetzkarte eingeführt werden, die sich an den schon jahrelangen bewährten Erfahrungen in anderen Städten orientieren möge.

GR. Ing. KREINER (ÖVP) wies die Behauptung seines Vorredners, GR. Kopfensteiner (SPÖ), die Opposition nehme nicht Stellung zu den wirtschaftlichen Problemen der Verkehrsbetriebe, zurück. Kreiner hob die Sozialbilanz der Verkehrsbetriebe im Ausmaß von rund 3,3 Milliarden Schilling hervor und beklagte, daß diese Sozialbilanz bei der Tarifreform nicht berücksichtigt worden sei.

Die Einstellung der Fünf-Tage-Karte bezeichnete er als unsozial. Besonders betroffen seien die rund 80.000 Pendler aus Niederösterreich und dem Burgenland, für die die Einführung der Sieben-Tage-Netzkarte eine Erhöhung um 27 Prozent bedeute.  
(Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Tarifreform

=++++

33 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Über die Tarifreform wurde in einer Sitzung des zuständigen Gemeinderatsausschusses ausgiebig diskutiert, betonte GR. Maria KUHN (SPÖ). Die Tarifreform berücksichtigt besonders zwei Aspekte: Erstens wird das Netzkartensystem forsiert und zweitens wird das Service für Kinder und Jugendliche verstärkt. Die Einführung der Wochenkarte bedeutet einen weiteren Schritt in Richtung des angestrebten Verkehrsverbundes. Die Frequenz der Fahrgäste konnte gegenüber 1980 um 1,3 Prozent gesteigert werden. Ein Kundendienstkomitee sorgt für rasche Beseitigung von Mißständen und für die Verwirklichung von Anregungen. In den U-Bahn-Stationen wurden die Kontrollstreifzüge der Polizei verstärkt. Eine Gepäckaufbewahrung in der U-Bahn-Station Stephansplatz erleichtert das Einkaufen in der Innenstadt. Über die Führung von Kurzzügen erhalten die Fahrgäste rechtzeitig Informationen. Behoben wurden auch Schwierigkeiten bei Anschlüssen zwischen den öffentlichen Verkehrsmitteln und bei Ampelschaltungen. Kundendienstfreundlich ist der Kartenvorverkauf zum Wochenende und die Neuaufstellung von Wartehäuschen. Großen Anklang finden die Seniorenkurse für die U-Bahn. Weitere Verbesserungen werden der Einheitstarif für die City-Busse und für die Autobuslinien auf den Kahlenberg sowie die neue Autobuslinie 7 A bringen. (Forts.) ba/bs

NNNN



Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Tarifreform

=++++

34 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) kritisierte unzureichende Information über Betriebsstörungen der U-Bahn und forderte Maßnahmen, dem Fahrgast mitzuteilen, wann der nächste Zug erwartet werden kann, sowie eine Information der Fahrgäste im gesamten Netz der Verkehrsbetriebe über Beeinträchtigungen des Betriebes. Als positiv bezeichnete sie es, daß bei neuen U-Bahn-Linien Lifts eingebaut werden sollen. Sie wandte sich dagegen, daß Mittel aus dem Familienlastenausgleich den Verkehrsbetrieben zufließen. Die Tarifbestimmungen der Verkehrsbetriebe seien zu kompliziert und für einen Laien unverständlich. "Ein Wettbewerb des Service sollte in den Vordergrund gestellt werden", forderte Hampel-Fuchs abschließend. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Tarifreform

=++++

35 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) GR. FÜRST (ÖVP) bezeichnete die Tarifierhöhung als unsozial und überdies als im Widerspruch zu den Ergebnissen der Volksbefragung des Frühjahrs 1980 stehend. Anschließend schlug Fürst vor, Polizei und Kriminalbeamten auf den Wiener Verkehrsmitteln freie Fahrt zu gewähren. Dadurch könnte man auch eine Einschränkung des Vandalismus auf den öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen, durch den 1980 ein Schaden von fünf Millionen S entstanden ist. Durch diese Einschränkung der Schäden könne man die Mindereinnahmen von 190.000 S kompensieren, die durch diese Maßnahme entstehen würden.

GR. OBLASSER (SPÖ) sagte, die Opposition habe lauter Vorschläge zur Senkung der Tarife aber keine Bedeckungsvorschläge gemacht. So würde das Defizit der Verkehrsbetriebe ins Uferlose wachsen.

Zur Aufhebung der Sondertarife für City-Busse sagte Oblasser, daß dafür nun die Zeit gekommen sei, nachdem man ja nun auch mit der U-Bahn in die Stadt fahren könne. Was die Frage der Kinderfreundlichkeit betreffe, gebe es keine Stadt mit ähnlich niedrigen Tarifen für Kinder und Jugendliche.

Bezüglich der Pensionistennetzkarte stehe die SPÖ zu dem Grundsatz, daß hier auch soziale Kriterien gelten müßten. Der Tenor der Tarifreform sei die Verbilligung für Dauerkunde, wie sie sich in der Monatsnetzkarte niederschlage. Die von der ÖVP geforderte Fortführung der Fünf-Tage-Karte wäre bei einer leichten Erhöhung des Tarifs noch immer teurer als die Monatsnetzkarte.

Abschließend sagte Oblasser, er sei der Ansicht, daß die Verkehrsbetriebe ihre Aufgabe gut erfüllen. Die SPÖ unterstütze die Verkehrsbetriebe bei ihrer für die Gemeinschaft notwendigen Aufgabe. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Tarifreform

=++++

36 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ) ging in seinem Schlußwort auf einige in der Debatte aufgeworfene Probleme und Fragen ein: Die geschätzten Mehreinnahmen durch die Tarifreform betragen zirka 14 Prozent und stellen damit eine Anpassung an die seit dem Jahr 1980 - dem Zeitpunkt der letzten Tarifregulierung - eingetretene Geldentwertung dar. Die Strukturreform bei den Tarifen bringt allerdings, wie Hofmann betonte, eine bewußte Bevorzugung jener Kunden, die die Verkehrsbetriebe im Berufsverkehr benützen. Für diesen Personenkreis tritt eine Erhöhung um nur 8,1 Prozent ein. Wenn die Monatsnetzkarten und Jahresnetzkarten stärker in Anspruch genommen werden sollten als erwartet, so wäre die Erhöhung noch geringer. Dies wäre aber eine durchaus erwünschte Entwicklung. Der Vorrang für den öffentlichen Verkehr im Berufsverkehr wird auf diese Weise verwirklicht.

Zum Problem der Pendler meinte Hofmann, daß es eine legitime Aufgabe der Umlandgemeinden wäre, ebenfalls einen Beitrag zur Förderung des öffentlichen Nahverkehrs zu leisten.

Bei den Begünstigungen für Pensionisten wurde die Einkommensgrenze dort gezogen, wo das Pensionisteneinkommen die Höhe der Anfangsbezüge von Berufstätigen erreicht.

Bisherige Benützer von 5-Tage-Wochenkarten, die richtig rechnen, werden in Zukunft Monats- und Jahresnetzkarten in Anspruch nehmen.

Hofmann wandte sich gegen Darstellungen, die den Eindruck erwecken könnten, als ob tausende Bedienstete der Verkehrsbetriebe ihren Pflichten nicht nachkommen würden. Wo es in Einzelfällen zu Verfehlungen kommt, werden diese geahndet. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Tarifreform

=++++

37 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Die Tarifstruktur für die einzelnen Berufs- bzw. Fachgruppen wurde mit der jeweiligen gewerkschaftlichen Vertretung durchbesprochen, sagte Hofmann. Bei den innerstädtischen Autobuslinien sind verschiedene Verbesserungen geplant. So wird es eine Linienführung auch ohne die Umrundung der großen Museen geben.

Die Verbilligung der Montasnetzkarte und die billige Jahresnetzkarte wurden deshalb eingeführt, um die Kunden sowohl im Berufsverkehr als auch im Verkehr außerhalb der Spitzenzeiten zu begünstigen.

ABSTIMMUNG: Die Abänderungs- und Beschlußanträge der ÖVP und der FPÖ fanden keine Mehrheit. Der Abänderungsantrag der SPÖ auf Aufhebung des Sondertarifs bei den innerstädtischen Autobuslinien und der Kahlenberglinie wurde einstimmig, der Antrag des Berichterstatters mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.)  
ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Kindergarten-Tarife

=++++

38 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) GR. HANKE (SPÖ) stellte den Antrag zur Neuregelung des Besuchsgeldes für Kindergärten, Krippen und Horte. Unter anderem soll auch das Jugendamt ermächtigt werden, zur Vermeidung von Härten im eigenen Wirkungsbereich Ermäßigungen zu gewähren.

GR. KUCHAR (FPÖ) bezeichnete die Neuregelung der Kindergartentarife als eine Erhöhung. Er verwies darauf, daß nach einer Zeitungsmeldung lediglich 24 private Kindergärten teurer seien als die städtischen, während 35 billiger seien als der Höchstsatz in den städtischen Kindergärten.

GR. HANKE (SPÖ) verwies in seinem Schlußwort darauf, daß die Gemeinde bestrebt sei, Tarife sozial zu gestalten. Bei Mehrkinder-Familien gebe es eine Kinderstaffel. Der Redner betonte, daß Wien eine Vollversorgung mit Kindergärten biete und das Service für Kinder und Eltern, zum Beispiel gesundheitliche Betreuung, vorbildlich sei. Derartige Einrichtungen könnten die privaten Kindergärten, die auf Gewinn ausgerichtet seien, gar nicht bieten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.  
(Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: U-Bahn-Leitstelle Karlsplatz

=++++

39 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Für die Ausstattung der U-Bahn-Leitstelle Karlsplatz beantragte GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) die Erhöhung des Kredits um 84,7 Millionen S auf insgesamt 225 Millionen Schilling.

GR. Dkfm. AMMANN (ÖVP) begrüßte die Sachkrediterhöhung. Die Einstellung bei der SPÖ zum U-Bahn-Bau war nicht immer so positiv. Als Folge davon gibt es nun Mehrkosten und Beeinträchtigungen beim derzeitigen U-Bahn-Netz, wie beispielsweise bei der U 2. Auf Grund eines ÖVP-Antrages wurden die Reklamationen der Anrainer dieser U-Bahn-Linie überprüft und für berechtigt befunden. Die Sanierung der U 2 wird nun 30 Millionen kosten. GR. Dkfm. Ammann beantragte eine Vorverlegung der für 1983 geplanten Arbeiten an der Strecke der U 2. Die dadurch entstehenden Mehrkosten sollen durch die ersatzlose Streichung der Zeitschrift "24 Stunden für Wien" und durch eine Kürzung des Budgets für das "Wien aktuell - Wochenblatt" gedeckt werden.

Die Kombination der Linie U 2/U 4 brachte eine optimale Ausnutzung des Streckennetzes und eine weitere Attraktivitätssteigerung der U-Bahn. Leider wurde diese Linie nach drei Wochen wieder eingestellt, sagte Ammann. Im Namen der ÖVP beantragte GR. Ammann eine genaue Überprüfung der Ursachen und Mängel, die zur Einstellung der U 2/U 4 geführt haben. Es soll ein Konzept in Auftrag gegeben werden, mit dem ein reibungsloser Betrieb dieser Linie ab Jänner 1982 gewährleistet ist.

In seinem Schlußwort wies GR. Ing. Riedler darauf hin, daß die Gründe für die Einstellung der U 2/U 4-Linie im Gemeinderatsausschuß genannt wurden. Die Sanierung der U 2 sei keine finanzielle, sondern vor allem eine technische Frage.

ABSTIMMUNG: Der Antrag des Referenten wurde einstimmig angenommen. Die ÖVP-Anträge wurden zugewiesen. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Zentralberufsschule

=++++

40 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) GR. GAWLIK (SPÖ) beantragte 7 Millionen S für den Einbau von schalldämmenden Fenstern an der Front Wienzeile des 1. Zentralberufsschulgebäudes in der Mollardgasse.

GR. ARTHOLD (ÖVP) kritisierte den schlechten baulichen Zustand der Berufsschulen und die bereits 20 Jahre dauernde Sanierung und Renovierung der Schule Mollardgasse. Das Lärmproblem bestehe bereits seit 1911. Arthold schlug eine Überdachung der Straßen im Bereich der Berufsschule vor. Er wandte sich weiters gegen den beabsichtigten zweiten Berufsschultag und bezweifelte seine generelle Zweckmäßigkeit. Wenn ein zweiter Schultag für die Allgemeinbildung, vielleicht später ein dritter eingeführt werden soll, dann sei es nicht weit bis zur Einheitsschule der Zehn- bis Achtzehnjährigen. Nur fünf Prozent der Berufsschüler strebten einen Englischunterricht, 95 Prozent fachliche Alternativen an.

In seinem Schlußwort sagte GR. GAWLIK, er sei über die Ausführungen von GR. Arthold entsetzt. In den Enqueten habe es Einigkeit über den zweiten Berufsschultag gegeben. Es habe auch Einigkeit über das Dualsystem bestanden. Er berichtete über die bereits getätigten Aufwendungen für die Schule Mollardgasse und die Schwierigkeiten, daß die Renovierung während des laufenden Betriebes durchgeführt wird. Den Vorschlag der Überdachung bezeichnete er als Utopie. Weiter verwies er darauf, daß beschlossen sei, keine weitere Schule in Angriff zu nehmen, bis die Renovierung der Schulen Mollardgasse und Hütteldorfer Straße abgeschlossen ist.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Volksbefragung

=++++

41 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) In der Diskussion der Mitteilung von Stadtrat NEKULA über die Volksbefragung meldete sich als erster Redner GR.HIRNSCHALL (FPÖ) zu Wort. Er sagte, im Zusammenhang mit der letzten Volksbefragung sei den Wienern vorgeworfen worden, wahlmüde zu sein. Die niedrige Beteiligung sei jedoch auf "No na"-Fragen zurückzuführen, die sowohl für die letzte wie auch für die kommenden Volksbefragung kennzeichnend seien. Auch in bürgerlichen Zeitungen seien die Fragen der ÖVP als "Allerweltsfragen" bezeichnet worden, mit denen das Instrumentarium der Volksbefragung "ad absurdum" geführt werde. Er selbst glaube, daß die Beteiligung an Volksbefragungen in dem Ausmaß gegen null Prozent sinken werde, in dem ein Prozentsatz der Zustimmung von nahe 100 Prozent durch die Fragestellung vorgezeichnet sei.

Es gehöre jedoch zum guten demokratischen Stil, auch das Ergebnis der letzten Volksbefragung trotz der geringen Beteiligung zu beachten. Die FPÖ stimme sowohl in der Frage der Stadterneuerung wie auch der Hofburg mit dem Ja der Befragten überein. Abschließend sagte Hirnschall, die Parteien sollten darauf verzichten, die Volksbefragung als Werkzeug der politischen Auseinandersetzung zu benutzen. Dies sei kein guter Dienst an der Demokratie. Er hoffe, daß die mangelnde Wahlbeteiligung bei der letzten Volksbefragung diesbezüglich ein Denkanstoß für die ÖVP und SPÖ gewesen sei.  
(Forts.) gab/ap

NNNN



Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Volksbefragung

=++++

42 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Das eindeutige "JA" von 92,4 Prozent der abgegebenen Stimmen zum Vorrang für die Stadterneuerung bedeutet in Zukunft eine entsprechend konsequente Stadterneuerungspolitik der Gemeinde Wien, sagte GR. Dr. PETRIK (ÖVP). Zur Durchsetzung dieses Zieles brachte Petrik einen ANTRAG ein, der unter anderem folgende Maßnahmen vorsieht:

- o Schaffung eines Stadterneuerungsfonds, durch den die private Initiative zur Erhaltung und Erneuerung alter Bausubstanz gefördert werden soll.
- o Vorrang für die Stadterneuerung im Rahmen der Wohnbauförderung.
- o Einführung einer Wohnstarthilfe für junge Menschen (Zinsengünstige Darlehen bis 100.000 S zur Erlangung einer Wohnung).
- o Steuerliche Begünstigung für Aufwendungen zur Verbesserung, Sanierung und Instandhaltung von Wohnungen und Wohnhäusern.
- o Anpassung und Änderung der Mietzinsbeihilfe analog der Wohnbeihilfe.
- o Erstellung eines Haussubstanz-Qualitätskatasters.
- o Errichtung von Volksgaragen im dichtverbauten Gebiet.
- o Sicherung und Ausbau der Nahversorgung.
- o Ankauf von Grundstücken im dichtverbauten Gebiet zur Schaffung von Grünanlagen.

Dr. Petrik erklärte, daß das eindeutige Ergebnis der Volksbefragung von 89,9 Prozent für den Verzicht der Beteiligung der Stadt Wien am Neubau des österreichischen Konferenzentrums entsprechende Schritte durch den Wiener Gemeinderat notwendig mache. In einem ANTRAG der ÖVP wird eine neue Vereinbarung gefordert, wonach an Stelle des österreichischen Konferenzentrums im Donaupark die notwendigen Räumlichkeiten für ein Konferenzzentrum durch den Umbau des Messepalastes in Verbindung mit den Kongreßeinrichtungen der Hofburg geschaffen werden sollen. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Volksbefragung

=++++

43 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Die von der ÖVP initiierte Volksbefragung sei weniger eine Befragung der Bevölkerung, sondern viel mehr ein Wahlkampfmanöver der ÖVP gewesen, stellte GR. SALLABERGER (SPÖ) fest. Der ÖVP sei es nach eigenen Worten darum gegangen, der "Rathaus-Mehrheit einen Denkkzettel zu verpassen". 14 Prozent Zustimmung bei der Bevölkerung sind eine eindeutige Niederlage für die ÖVP und für Vizebürgermeister Busek. Die große Opposition konnte weniger als die Hälfte ihrer Wähler motivieren. Noch während der Kampagne wurden die Fragen geändert, so daß es Differenzen zu den ÖVP-Plakaten und den Abstimmungskarten gab. Solange die finanziellen Mittel nicht vorhanden sind, wird das Konferenzzentrum auch nicht gebaut. Jetzt einen Beschluß zu fassen, der den Bau des Konferenzzentrums für alle Zeiten verhindert, wäre jedoch falsch. Stadterneuerung wird in Wien in großem Ausmaß betrieben. Doch selbst Vertreter der Wiener Handelskammer haben festgestellt, daß eine Stadterneuerung ohne Stadterweiterung überhaupt nicht durchgeführt werden kann. Im ÖVP-Kommentar zur Volkszählung 1981 hieß es: Die Abwanderung nimmt zu, weil in Wien keine Wohnungen im Grünen zur Verfügung stehen. Bei den Steinhofgründen ist dieselbe Partei dagegen, Wohnungen im Grünen zu errichten. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: Volksbefragung

=++++

44 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) GR. FÜRST (ÖVP) sagte, die ÖVP sehe sich einer vereinigten rot-blauen Koalition gegenüber. Die FPÖ habe nämlich die gleichen Argumente verwendet wie die SPÖ auf ihrem Parteitag. Zweck der Volksbefragung sei es gewesen, daß sich die Mehrheit mit der ÖVP und den Bürgeranliegen beschäftigt, sagte Fürst weiter.

Er verlangte, das Ergebnis der Volksbefragung müsse zur Kenntnis genommen werden, daraus seien die Konsequenzen zu ziehen. Es sei nicht demokratisch gewesen, die Kundmachung der Wahllokale zu unterlassen und sich zu wundern, daß die ÖVP Kundmachungen anschlug. Und es sei nicht demokratisch, daß im nächsten Postwurf der Bürgermeister in einem Brief zur Teilnahme auffordere, während dies in der von der ÖVP initiierten Volksbefragung nicht der Fall gewesen sei. Im Neuen Postwurf werden fünf Seiten den SPÖ-Fragen gewidmet, nur eine halbe Seite der Bürgerinitiative Steinhofgründe, deren Fragestellung überdies klein gedruckt wurde. Es solle für die Chancengleichheit auch der Opposition und von Bürgerinitiativen gesorgt werden.

Fürst kritisierte abschließend, daß ein Postwurf über die Volksbefragung für die Steinhofgründe, eine Broschüre der SPÖ über das Bauprojekt und eine Artikelserie in der AZ zur gleichen Angelegenheit exakt dieselbe Formulierung enthielten. Die SPÖ solle die 4,5 Millionen Schilling für den Postwurf der Stadt Wien refundieren, schloß Fürst. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (39)

Utl.: Volksbefragung

=++++

45 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat SCHIEDER (SPÖ) wies den Vorwurf von GR. Fürst, die Postwürfe zu den Volksbefragungen seien manipulativ gestaltet, vehement zurück. Bei der letzten von der ÖVP initiierten Befragung sei allen Fraktionen Gelegenheit gegeben worden, zu beiden Fragen gesondert Stellung zu beziehen. Bei der kommenden Volksbefragung gebe es zu den fünf Fragen, die auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses gestellt werden, Stellungnahmen der zuständigen Abteilungen, zur von der Bevölkerungsinitiative eingebrachten Frage eine Stellungnahme dieser Initiative und eine des Magistrats. Außerdem enthalte der Postwurf auch diesmal Stellungnahmen aller drei Klubs, wobei jedem der gleiche Raum zugeteilt wurde.

Abschließend sagte Schieder, er wundere sich sehr, wenn ein Postwurf zu einer Volksbefragung einmal begrüßt und einmal abgelehnt werde. Den Vorwurf der undemokratischen Vorgangsweise müsse er auf das Schärfste zurückweisen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (40)

Utl.: Volksbefragung

=++++

46 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) GR. MRKVICKA (SPÖ) sagte, die Volkspartei habe dem Instrument der Volksbefragung keinen guten Dienst erwiesen. Das hätten auch bürgerliche Zeitungen erkannt, die die Fragestellung als "demagogisch" bezeichnet haben. Schließlich sei es mit dieser Fragestellung auch nur gelungen, neben den 90.000 Wienern, die mit ihren Unterschriften die Befragung veranlaßt haben, weitere 70.000 hinzuzugewinnen. Man könne nicht den Anspruch an die Mehrheit des Rathauses stellen, dieses Minderheitsvotum in jedem Fall zu vollziehen.

Zur Frage der Altstadterhaltung sei zu sagen, daß die Stadt Wien dafür seit 1978 35 Milliarden Schilling ausgegeben hat. Dem Antrag, den Dr. Petrik namens der ÖVP bezüglich der Stadterneuerung eingebracht hat, könne er nicht zustimmen, da zu dieser Thematik ohnedies ein ausreichender einstimmiger Gemeinderatsbeschluß vom 21. September vorliegt. Zur Frage des Konferenzentrums sagte Mrkvicka, daß die Finanzierung derzeit zwar nicht möglich sei, man aber nicht ganz darauf verzichten solle. Daher müsse er auch den Antrag der ÖVP ablehnen, der einen endgültigen Verzicht auf das Konferenzzentrum vorsieht.

Abschließend bemerkte der Redner, Busek habe wahrscheinlich das Wählerverhalten bei der Volksbefragung falsch eingeschätzt. Vielleicht sei es mit der Demokratienähe der ÖVP nicht so weit her, wie sie selbst immer behauptet. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (41)

Utl.: Volksbefragung

=++++

47 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) wies den von GR. Fürst erhobenen Vorwurf einer Koalition zwischen FPÖ und SPÖ im Zusammenhang mit der Volksbefragung zurück. Die Beteiligung an der Volksbefragung war eher dünn. Dies lag daran, daß keine sinnvollen Fragen gestellt wurden.

In einer zweiten Wortmeldung erklärte GR. Fürst (ÖVP), daß es bei den letzten Volksbefragungen 160 Annahmestellen gegeben habe, obwohl die ÖVP den dringenden Wunsch geäußert hatte, mehr Annahmestellen zu schaffen. Bei der nächsten Volksbefragung gibt es 238 Annahmestellen. Wir begrüßen dies, sagte Fürst, aber es sei doch bezeichnend, daß dies vorher offenbar nicht möglich war, während es jetzt plötzlich geht. Die FPÖ sollte nicht weiter Hand in Hand mit der SPÖ an Zahlen glauben und die Volksbefragung herabsetzen.

Abstimmung: Die beiden Anträge der ÖVP wurden mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (42)

Utl.: Kritik an der Psychiatrie

=++++

48 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Zur Begründung des Antrages auf Besprechung der Mitteilung von Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher meldete sich Stadtrat Dr. GOLLER (ÖVP) zu Wort. Die Zeitungen haben ausführlich über das Psychiatrische Krankenhaus Ybbs berichtet, es geht um ein sehr heikles Problem. Der Gemeinderat hat das Recht zu erfahren, welche Maßnahmen vorgesehen sind.

Abstimmung: Der Antrag auf Besprechung wurde einstimmig angenommen. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (43)

Utl.: Kritik an der Psychiatrie

=++++

50 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Die Reformen in der Psychiatrie seien begrüßenswert, aber vorhandene Strukturen sind offensichtlich nicht so rasch zu ändern, stellte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) fest. Die Experten sagen, daß die Anwendung von Psychopharmaka für Therapiegespräche notwendig sind. Nach Aussagen der Patienten werden aber keine psychotherapeutischen Gespräche geführt. Auch der Rechnungshof bemängelt, daß für Patientengespräche keine Zeit vorhanden ist. Der Volldienst in Ybbs wird beispielsweise nur bis 13 Uhr ausgeübt. Auch heute sei es noch möglich, daß Menschen grundlos in die Mühlen der Psychiatrie geraten. Der "Fall Stimpfl" sei kein Einzelfall. Die Psychiatrie sei in eine Vertrauenskrise geraten. Konsequenzen sind rasch notwendig. (Forts.) ba/bs

Wiener Gemeinderat (44)

Utl.: Kritik an der Psychiatrie

=++++

51 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Nach dem spontanen Bericht von Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher gewinne man den Eindruck, daß in der Psychiatrie alles in Ordnung sei. Dies stimmt nicht, stellte GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP) fest. Es gibt sogenannte "harte" und "weiche" Daten. Die harten Daten sind leicht feststellbar: Wieviele Patienten werden zwangsweise eingeliefert, wie lange bleiben die Patienten in einer Anstalt. Die weichen Daten sind nur schwer oder nicht beweisbar; beispielsweise daß ein Mitarbeiter einer Anstalt wegen gewerkschaftlicher Tätigkeit gekündigt wurde, ob der Führungsstil der Direktion in Ordnung sei usw. Stacher habe keine Angaben gemacht, wie viele Patienten zum gegenwärtigen Zeitpunkt entmündigt sind, unter welchen Umständen ein Patient entlassen wird, oder ob Patienten unentgeltlich zu Arbeiten angehalten werden. In der Psychiatrie sei noch vieles zu ändern. Ohne Druck der Opposition würde vieles beim alten bleiben. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (45)

Utl.: Kritik an der Psychiatrie

=++++

52 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) GR. Christine SCHIRMER (SPÖ) sagte, es sei notwendig, nicht nur diverse Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Patienten zu setzen, sondern auch darüber zu reden und zu informieren. Bevor die Psychiatriereform beschlossen wurde, haben Pfleger und Schwestern der Baumgartner Höhe Patienten Wege in die Freiheit geebnet und sich auch um die Wohnungssituation gekümmert. Besonders für alte Menschen haben sie sich engagiert. Ihrer persönlichen Initiative ist die Eingliederung dieser Menschen in die Gesellschaft zu danken. Die Psychiatriereform habe dazu beigetragen, daß Vorurteile abgebaut werden konnten. 700 Menschen wurden bereits durch Übergangspflege und soziale Dienste betreut. Das sei ein Erfolg für die Helfer, besonders aber für jene, denen die Hilfe zu Gute kommt. Man dürfe nicht nach vorhandenen Mängeln urteilen, sondern müsse auch vor allem die Leistungen anerkennen und den eingeschlagenen Weg weiter gehen.

Stadtrat Dr. Gertrude KUBIENA (ÖVP) führte aus, sie stimme mit GR. Schirmer überein, daß die Leistungen dieser Menschen nicht hoch genug geschätzt werden können. Es wäre aber ein Fehler, bestehende Mißstände nicht zu erkennen. Daher habe die ÖVP im Gemeinderat Anfrage und Antrag gestellt, weil es um Menschen geht, die sich selbst nicht helfen können. Es sei sehr leicht, in die Psychiatrie eingewiesen zu werden, aber sehr schwer zu beweisen, daß man nicht geisteskrank ist. Daher müsse man die Einweisungsregelungen schnell überdenken. Der Vorschlag, die Einweisung künftig jedem Psychiater zu überlassen, berge die Gefahr, daß sich niemand mehr in dessen Behandlung traue, aus Angst, eingewiesen zu werden. Besser sind spezielle Amtsärzte. (Forts) and/and

NNNN



Wiener Gemeinderat (46)

Utl.: Kritik an der Psychiatrie

=++++

53 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) "Für uns ist es Pflicht, auf kritische Stimmen zu hören, die sich mit Menschen befassen, die sich selbst nicht helfen können", sagte Stadtrat Kubiena weiter. Für Patienten eines allgemeinen öffentlichen Krankenhauses sei es schwer, eine eigene Lobby zu gründen, um wieviel schwerer ist es für Patienten eines Psychiatrischen Krankenhauses. Die heutige Gesellschaft spreche ihnen die Kompetenz ab, sich selbst zu vertreten. Stadtrat Stacher rechne sie es hoch an, daß er nach dem ÖVP-Antrag und der Anfrage sofort über die Situation berichtete. Daß die Rehabilitationschancen in Ybbs geringer als in anderen Krankenanstalten sind, liege sicher daran, daß dort schwierigere Fälle untergebracht sind, vielleicht aber auch daran, daß es zu einer Nivellierung komme, die sich an kaum rehabilitierbaren Patienten orientiert. Wenn es trotz Ärzteschwemme daran liegt, daß es zu wenig psychiatrische Ärzte gibt, sollte ihre Ausbildung forciert werden. Sie trat dafür ein, daß ähnlich wie in Kalksburg Beamte des Arbeitsamtes die Patienten aufsuchen und daß besonders auch auf Kritik in den eigenen Reihen gehört werde. Wenn Stadtrat Stacher sagt, für ihn sei es in der Gesundheitspolitik einzig und allen maßgeblich, daß die Patienten gut versorgt werden, wolle sie dies dadurch ergänzen, daß die Patienten wenn schon nicht glücklich wenigstens nicht unglücklich sind, sagte Kubiena abschließend (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (47)

Utl.: Kritik an der Psychiatrie

=++++

54 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) GR. PÖDER (SPÖ) sagte, er sehe es als Personalvertreter als seine Pflicht an, bezüglich der Vorwürfe gegen die Bediensteten der Heilanstalt Ybbs die Wahrheit zu finden. Er wehre sich jedoch gegen jede Pauschalverurteilung und gegen oft oberflächliche Aussagen in den Medien. Gab es in Ybbs 1978 noch 1.150 Patienten, so sind es jetzt nur mehr 800, die von 517 Beschäftigten betreut werden. Damit habe sich die Pflege in Ybbs wesentlich verbessert, wozu auch die oft kontinuierliche langzeitige Beziehung von Patient und Pfleger beitrage. Zur Arbeit der Pfleglinge sei zu sagen, daß diese dafür - nach Aussage ernstzunehmender Persönlichkeiten der Pflegeanstalt - pro Tag 100 bis 200 S bei zusätzlicher Verpflegung erhalten. Die Arbeit habe für die Pfleglinge auch therapeutischen Wert und ermögliche es ihnen, sich Dinge zu kaufen, die sie sich wünschen.

Die Frage, was in den Steinzellen passiert sei, werde streng geprüft werden und wenn nötig strafrechtliche und disziplinare Folgen nach sich ziehen. Zuerst müsse man jedoch den wirklichen Tatbestand untersuchen. Die rechtsstaatlichen Prinzipien müssen auch hier eingehalten werden. Auf jeden Fall wehre er sich dagegen, sagte Pöder, daß jemand zu Unrecht verdächtigt und verurteilt werde. Er sei jedoch für eine genaue Untersuchung. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (48)

Utl.: Kritik an der Psychiatrie

=++++

55 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Es ist richtig, sagte GR. DINHOF (SPÖ), daß die Psychiatriereform eine sehr wichtige Angelegenheit ist und daß die Patienten sich nur schwer wehren können. Man muß reden und kritische Stimmen zur Kenntnis nehmen. Die Einweisungsmodalitäten - die keine landesgesetzlichen Bestimmungen sind - sind sicherlich reformbedürftig.

Das Entscheidungsrecht in einem Betrieb muß bei der Geschäftsführung - gemeinsam mit den Betriebsräten - liegen. Die Geschäftsführung hat die Verantwortung gegenüber dem Vorstand. Es ist klar, daß jeder Wirtschaftstreibende seinen Betrieb so führt, daß das Betriebsziel erreicht wird. Man soll deshalb keine Krokodilstränen vergießen, wenn auch auf jemanden während der Probezeit verzichtet wird, weil er nicht ins Team paßt.

Dinhof warf die Frage auf, ob jene, die draußen in Ybbs in Scharen auftreten, wirklich im Sinne der Patienten wirken. Es gibt von Patienten Beschwerden, weil sie sich zur Schau gestellt fühlen. Die Patienten sollen nicht als billiges politisches Mittel mißbraucht werden. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (49)

Utl.: Kritik an Psychiatrie

=++++

56 Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP) zitierte aus dem Rechnungshofbericht, wonach in den Psychiatrischen Krankenanstalten in Wien 400 und in Ybbs 600 Patienten als Hausarbeiter tätig sind. Es handle sich nicht um Arbeitstherapie, die Arbeiten weisen klare Züge von Ausbeutung auf.

In seinem Schlußwort stellte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) fest, daß bei den arbeitenden Patienten zwei Dinge verwechselt wurden. Es gibt Patienten, die in Anstalten arbeiten und deren Entlohnung durch einen Gemeinderatsbeschluß von 1978 klar festgelegt ist. In Ybbs gibt es zusätzlich noch Patienten, die im Rahmen eines Ausganges mit einer Begleitperson Arbeiten versehen. Die Verrechnung der Entlohnung für diese Arbeiten wird als vorbildlich bezeichnet.

Nach den Berichten, die er erhalten habe, werden keine Patienten in den Steinzellen in Ybbs interniert, sagte Stacher. Nun habe er von Ausnahmefällen gehört. Eine Untersuchung sei im Gang, das Ergebnis wird der Disziplinarkommission zugeführt. Die Entlassung von langjährig internierten Patienten bedürfe einer gewissen Vorbereitungszeit. In vielen Fällen ist eine Entlassung medizinisch möglich, doch der Patient äußert selbst den Wunsch, im Spital zu bleiben. In Ybbs gibt es ein Rehabilitationszentrum und eine Dokumentation, welche Aktivitäten mit den Patienten durchgeführt werden. Es wird sowohl in Ybbs, als auch auf der Baumgartner Höhe ein Drittel aller Patienten wieder entlassen. Stadtrat Stacher machte auf die zwei Gruppen von Patienten aufmerksam: Auf kurzfristige und langfristige Patienten. In Ybbs gibt es nur langfristige Patienten, daher könne kein echter Vergleich gezogen werden. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (50)

Utl.: Kritik an der Psychiatrie

=++++

57       Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Die Patienten werden in den Anstalten nicht zur Arbeit angehalten, sondern sind zumeist froh, daß sie bestimmte Arbeiten verrichten können. In Ybbs sei eine große Unruhe unter den Patienten ausgebrochen, weil ständig Fremde kommen, die mit ihnen reden wollen. Er habe daher die Weisung gegeben, sagte Stacher, daß zum Schutz der Patienten keine großen Gruppen mehr zu den Patienten vorgelassen werden.

Nach fast elfstündiger Debatte wurde die Sitzung des Gemeinderates um 19.45 Uhr geschlossen. (Schluß) ba/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN

Christkindlmarkt mit Hütten im "Alpenlook"

Utl.: Südtiroler Christbaum wird illuminiert

=++++

22 Wien, 20.11. (RK-LOKAL) So wie im vorigen Jahr wird auch der heurige Wiener Christkindlmarkt - der nun bereits zum siebenten Mal vor dem Rathaus stattfindet - insgesamt 144 Verkaufsstände aufweisen. Erstmals befinden sich darunter 16 Hütten mit Giebeldach. An markanten Punkten aufgestellt, sollen diese Hütten im "Alpenlook" das äußere Bild des Marktgeschehens bereichern.

Bei der Neuvergabe der Verkaufsstände wurde vom Gremium der Markt-, Straßen- und Wanderhändler wieder darauf geachtet, daß in erster Linie solche Waren offeriert werden, die dem Charakter des Weihnachtsmarktes entsprechen. Von den 144 Ständen bieten 28 Spielwaren, 24 Christbaumschmuck sowie neun Stände Krippenfiguren, Holzschnitzereien, kunstgewerbliche Artikel und Devotionalien an. Die Zahl der Verkaufsstände mit Textil-, Strick- und Wirkwaren wurden von acht auf sechs verringert. Lederwarenstände gibt es nur mehr zwei. Hinzugekommen sind heuer zwei Stände mit rustikalem Christbaumschmuck und einer mit Spielwaren.

Für das leibliche Wohl der Marktbesucher sorgen sieben Verkaufsstände mit Wurstwaren, anderen Lebensmitteln und Getränken. Naschkatzen können bei 17 Ständen Süßwaren, kandierte Früchte, Zuckerwatte und Lebkuchen kaufen.

Die Illuminierung des Weihnachtsbaumes erfolgt morgen Samstag, 21. November, im Rahmen eines um 17 Uhr beginnenden Festaktes durch den Landeshauptmann von Südtirol, Dr. Silvius MAGNAGO, und Landeshauptmann Leopold GRATZ. Die musikalische Umrahmung teilen sich die Trachtenmusikkapelle Welschnofen und die Blasmusikkapelle der Wiener Gaswerke. Um zirka 18 Uhr wird Bürgermeister Gratz den Christkindlmarkt eröffnen. (Schluß) we/gg

NNNN

Dienstag kein Bürgermeister-Pressegespräch

=++++

29       Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Kommenden Dienstag, den  
24. November, findet keine Sitzung des Wiener Stadtsenates statt.  
Aus diesem Grund entfällt auch das Pressegespräch des Wiener  
Bürgermeisters. (Schluß) red/gg

NNNN